

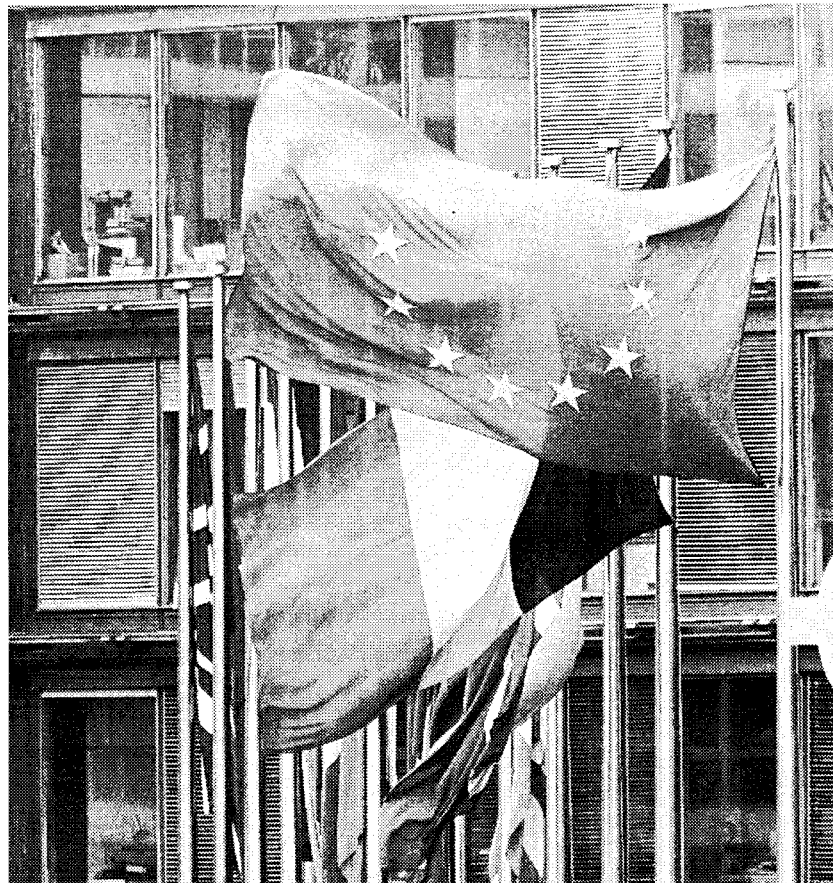


# Ein soziales Europa von unten?

**Diskussionsrunde  
mit Stella Jegher,  
Serge Gaillard,  
Res Strehle und  
Patrick Ziltener**

**Eingeladen vom Forum für direkte Demokratie und vom Europa-Magazin trafen sich am 11. September rund 100 Leute im Zürcher Volkshaus, um einen Nachmittag lang über die ökologischen, demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte Europas zu diskutieren. MOMA dokumentiert Auszüge der Arbeitsgruppe "Wirtschaft und Soziales", in der unter Leitung von Patrick Ziltener Stella Jegher, Serge Gaillard und Res Strehle diskutierten. Die Abschrift besorgte Roland Brunner.**

**Patrick Ziltener:** Die europäische Integration, die europäische Union ist, wie könnte es anders sein, ein widersprüchliches Projekt. Hinter dem Binnenmarktprojekt und dem Integrationsschub der 80er Jahre stecken unterschiedliche und widersprüchliche Ziele. Die französischen Sozialisten Mitterrand und Delors strebten eine Europäisierung des regulierenden Staates an. Andere Kräfte, insbesondere die britische Regierung und der "Roundtable of European Industrialists", wollten eine Deregulierung Europas, ein Europa als Freihandelszone. Die Regulierer gingen mit den Deregulierern ein Bündnis ein und rechneten mit einer fortschreitenden Dynamik, die sich aus der wirtschaftlichen Integration ergeben sollte. Sozialpolitische Ziele wurden zuerst dem Bin-



nenmarktprojekt, in Maastricht dann dem Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion untergeordnet. Die ökonomistische Schlagseite der europäischen Union hat starke Rückwirkungen auf die nicht-integrierten Felder von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den einzelnen Nationalstaaten. "Standortkonkurrenz", "Sozial- und Umweltdumping" oder der "Wettbewerb der Sozialsysteme" sind Stichworte dazu.

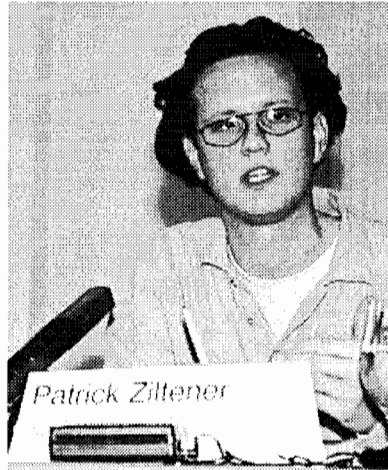
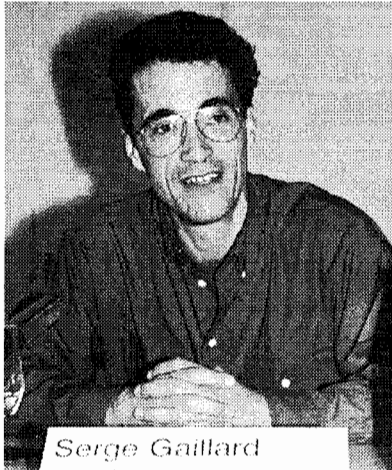
**Serge Gaillard:** Die Regulierer gingen davon aus, dass der Handlungsspielraum der einzelnen Nationalstaaten im wirtschaftlichen und deshalb auch im sozialen Bereich eingeschränkt sei und deshalb ein Teil der Regulierungskompetenz auf die europäische Ebene übertragen werden sollte. Rückblickend können wir die Frage stellen: Wer hat sich durchgesetzt? Die Deregulierer haben heute effektiv die Oberhand. Aber die Regulierer hatten trotzdem mindestens teilweise recht: Wenn das Vollbeschäftigungsziel ernst genommen wird und die Arbeitslosigkeit in Europa bekämpft werden soll, braucht es eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene. Unrecht hatten sie aber, weil sie zuwenig versucht haben, den vorhandenen nationalen Spielraum auszunützen.

In der Wirtschaftspolitik dominieren heute vier Ziele: Erstens die

Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Zweitens muss der soziale Zusammenhalt erhalten bleiben, was einerseits bedeutet, dass die gefährliche Polarisierung zwischen tiefen und hohen Löhnen zu stoppen ist, wie sie vor allem in den angelsächsischen Ländern beobachtet wird. Andererseits müssen die Sozialversicherungen, die zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität in Europa beitragen, erhalten und an die neuen Bedürfnisse angepasst werden. Drittens muss die EU einen regionalen Einkommensausgleich zwischen den nördlichen und südlichen Ländern ermöglichen, und viertens sind ökologische Leitplanken für umweltverträgliches Wachstum zu setzen.

Ich beschränke mich im folgenden auf die Vollbeschäftigungspolitik. Die EU hat mit der zu frühen Festlegung fester Wechselkurse im Europäischen Währungssystem verhindert, dass die Nationalstaaten durch Zinssenkungen die Krise der 90er Jahre bekämpfen konnten. Die europäische Geldpolitik ist hauptverantwortlich dafür, dass die Krise so lange gedauert hat. Die EU hat leider auch darauf verzichtet, ihre Mitgliedsländer zu verpflichten oder zu ermuntern, gemeinsam mit einem Investitionsprogramm in die europäische Infrastruktur die Konjunktur anzukurbeln.

Wir stellen also fest, dass die EU ihre Aufgabe nicht erfüllt hat, dass es



aber umgekehrt eine europäische Politik braucht, wenn die Vollbeschäftigung erreicht werden sollte. Konjunkturpolitik wird in den USA auf Bundesebene und nicht von den einzelnen Staaten betrieben. Deshalb hatten die Regulierer recht: Für die Vollbeschäftigung braucht es eine europäische Wirtschaftspolitik. Sowohl die Geld- wie auch die Konjunkturpolitik müssen international abgestimmt werden. Wir sollten uns

Die Veranstaltung "Europa von oben? Europa von unten!" zeigte eine grundsätzliche Tendenz der Diskussion der Europafrage im links-grünen Lager auf: Die Kritiken an der aktuellen EU sind sich in etwa gleich. Einig war man sich, dass die Umweltpolitik in der EU nur eine der Wirtschafts- und Verkehrspolitik untergeordnete Rolle spielt, dass die EU heute undemokratisch ist und dass es sich um ein Deregulierungsprojekt mit enorm hohen sozialen Kosten handelt. Auf diese Analyse antworten die einen, dass "mitmachen" das Gebot der Stunde ist, was für die anderen nicht in Frage kommt. Grund dafür ist die unterschiedliche Einschätzung der Reformfähigkeit der EU und der Möglichkeiten der Einflussnahme für die Schweiz – insbesondere für das links-grüne Lager – und die schweizerischen Folgen. Die Diskussion muss an dieser Stelle aufgenommen und weitergeführt werden, damit wir uns nicht im Kreise drehen. Zeit haben wir, denn über einen Beitritt werden wir nicht so schnell abstimmen müssen bzw. können.

*Alex C. Bauert*

also an diesen europäischen Diskussionen mitzubeteiligen.

Was die Sozialpolitik betrifft, sind 98% der Gesetze national geblieben. Der nationale Gestaltungsspielraum ist effektiv noch gross. Wir können national darüber diskutieren, wieviel Prozent unseres Einkommens wir für den Sozialausgleich verwenden wollen, die Wettbewerbsfähigkeit wird dadurch nicht beeinträchtigt. Dieser nationale Spielraum wird auch in Zukunft noch gross bleiben. Allerdings ist zu verhindern, dass durch die Personenmobilität ein "Sozialdumping" entsteht. Die Erfahrung in der EU zeigt, dass nationale Gesetze dies verhindern können (Mindestlöhne, Gesamtarbeitsverträge, Diskussion um die Entsenderichtlinie in Deutschland). Die Finanzierungsprobleme bei den Sozialversicherungen sind allerdings darauf zurückzuführen, dass die Erwerbslosigkeit zu hoch ist. Insofern ergibt sich ein Zusammenhang mit der Vollbeschäftigungspolitik. Da wäre, wie bereits erwähnt, eine koordinierte europäische Politik erwünscht.

**Res Strehle:** Serge Gaillard hat einen Katalog der Wünsche an die Europäische Union aufgelistet. In dieses Wunschkonzert stimme ich gerne ein. Die Frage ist einzig, ob die EU die richtige Adressatin für diese Wünsche ist.

Die Verträge von Maastricht haben einen Anhang mit sozialpolitischen Klauseln. Maastricht ist aber im Kern kein Sozialprogramm, sondern ein Versuch der politischen Formierung. Es ist der Versuch, über die politische Union und die Währungsunion den Schritt Richtung Supranation zu machen, Richtung Grossmacht. Die unwesentlichen sozialen Fragen werden laut Maastrichter Protokoll dem qualifizierten Mehr aller Mit-

gliedstaaten anheimgestellt, das heisst, mit einfacher Stimmenmehrheit kann hier tatsächlich etwas bewegt werden. Dies gilt für Fragen der Arbeitsbedingungen im Bereich des Arbeitsplatzes, Fragen der Informations-, Mitwirkungs- und Mitspracherechte bei Schichten- und Pausenregelung usw., Fragen der Eingliederungsmassnahmen von Menschen, die schwer beschäftigbar sind.

Die entscheidenden Fragen wie soziale Sicherheit, kollektive Interessenvertretung der Beschäftigten im Betrieb, gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsförderung usw. sind im Maastricht-Vertrag hingegen dem Einstimmigkeitsprinzip unterworfen. Rechtskraft in diesen Fragen entsteht also nur, wenn sämtliche Mitgliedstaaten zustimmen. Fortschritte sind hier somit offensichtlich Euro-Utopien.

In den Verträgen über die Währungsunion verlangen die sogenannten Qualifikationserfordernisse für die nächste Stufe der Währungsunion, dass die Staatsverschuldung nicht weiter ansteigen darf. Es darf keine jährliche Neuverschuldung über drei Prozent des Bruttosozialproduktes erfolgen. Strenge finanzpolitische Auflagen an die einzelnen Staaten schränken den Spielraum für Beschäftigungsprogramme im klassischen sozialdemokratischen oder keynesianischen Sinne drastisch ein. Nicht zufällig wurde Jacques Delors, der immerhin noch aus der katholischen Arbeiterbewegung Frankreichs stammt und damit die Hälfte eines Ohres offen hatte für soziale Anliegen, als Kommissionspräsident ersetzt wurde durch den Monetaristen Santer.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB hat in der Auseinandersetzung um das Binnenmarktprojekt des EWR einen Kopfstand



gemacht, indem dieses Programm des Marktdurchbruchs, der nationalstaatlichen Deregulierung praktisch bedingungslos gutgeheissen wurde. Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB hat Mitte der 80er Jahre gesagt, dass er nur zustimmen würde, wenn soziale Flankierungsmassnahmen beschlossen würden. Aus den Forderungen des EGB entstand 1989 die Gemeinschaftscharta, eine Charta der sozialen Rechte im EG-Raum.

Der SGB hat die Position des EGB übernommen. Es wurde nie gesagt, dass das Binnenmarktprogramm rechtlich eine ganz andere Stellung hat als diese sozialen Flankierungen. Die vier Freiheiten des Binnenmarktprogrammes sind bei Vertragsverletzung direkt klagbares Recht am Gerichtshof in Luxemburg. Es ist damit supranationale Rechtsetzung, die für die einzelnen Mitgliedstaaten bindend ist.

Die Sozialcharta hat diese rechtliche Klagbarkeit nicht. Faktisch handelt es sich um eine Deklaration, eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten, ohne Klagbarkeit, ohne direkte rechtliche Wirksamkeit.

Die Folge dieses Binnenmarktprojektes ist ein praktischer Durchbruch der Theorie der komparativen Kosten. Alles soll heute in Europa dort produziert werden, wo es am billigsten ist. Komparative Kostenvorteile wie tiefe Löhne, Sozial- und Ökodumping werden dadurch weiter verstärkt statt politisch aufgefangen. Das Binnenmarktprogramm ist damit ein Deregulierungsprogramm, das mit sozialen Forderungen nichts zu tun hat.

In dieser Analyse der EU-Dynamik herrscht inzwischen weitgehendes Einverständnis. Die Differenzen ergeben sich bei der Wünschbarkeit, bei den Utopien, die sich mit dem EU-Projekt verbinden. In den letzten

fünfzig Jahren hat es diese Sehnsüchte und Utopien immer gegeben. Hoffnung nach Frieden, nach sozialer Sicherheit, nach ökologischer Politik wurden vom Lager der KonstitutionalistInnen mit dem Europa-Projekt der EG und der EU verbunden. Die Forderung nach Demokratisierung auf der Ebene europäischer Verfassung war immer stark, aber sie war als Bewegung nie stark genug sich durchzusetzen. Durchgesetzt hat sich in der europäischen Formierungsgeschichte demgegenüber die Supermachtposition und die pragmatische Marktdimension der Deregulierer. Deshalb bin ich der Meinung, dass sich die EU für soziale, für ökologische und für demokratische Forderungen so gut eignet wie eine Metzgerei für den Verkauf von Gemüse.

**Stella Jegher:** Ich gehe das Risiko ein, noch ein paar Takte mehr zum Wunschkonzert beizutragen, indem ich unsere Fragestellung aus einer feministischen Perspektive zu beleuchten gedenke. Drei Grundcharakteristika der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union sind bedeutend:

1. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl war und ist die EG ein Projekt für die wirtschaftliche Integration männlich besetzter Wirtschaftszweige.

2. Gemeinschaftliche Sozialpolitik bzw. soziale Regelungen und Richtlinien waren und sind in der EG und in der EU lediglich von der wirtschaftlichen Integration abgeleitet und auf den Arbeitsmarkt zentriert.

3. Integrationsregelungen orientieren sich an kurzfristigen Effizienzkriterien und nicht an Nachhaltigkeit.

Damit steht die EU von vornherein den Postulaten einer feministischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ziemlich diametral entgegen. Dazu kommt nun aber, dass – von den erwähnten Charakteristika her logischerweise – Arbeits- und Sozialrecht in der EU zu 98 Prozent nationalstaatliches Recht geblieben ist. Von einigen Richtlinien und grundsätzlichen, aber unverbindlichen Katalogen abgesehen sind die Kompetenzen weiterhin auf nationalstaatlicher Ebene festgeschrieben. Bei Maastricht 2 wird zwar von einer politischen Integration, nicht aber von einer sozialpolitischen Integrati-

on gesprochen. Der Sozialbereich wird weiter dezentralisiert. Vor allem Deutschland fordert von der EU, sich auf gewisse "Kernbereiche" zu konzentrieren, und meint damit die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik.

Europaweit sind heute 17 bis 18 Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit. Frauen sind davon in bedeutend höherem Ausmass betroffen als Männer. Zudem stellen sie die Mehrheit der Beschäftigten in den ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, die heute in ganz Europa zunehmen. Zu den prekären Beschäftigungen gehören auch Teilzeitarbeit oder Selbständigkeit, womit eine bestimmte Form der Förderung von Frauen, die die EU betreibt, auch als Bumerang in Form von fehlenden Sozialleistungen zurückkommen kann.

Wo gibt es angesichts dieser Rahmenbedingungen Anknüpfungspunkte für die Forderung nach einem neuen Sozialstaat? Aus verschiedenen Gründen bin ich der Meinung, dass sie zunächst auf nationaler Ebene ansetzen muss. Von der EU können wir noch weit weniger den dringenden Paradigmawechsel vom Modell der an die Erwerbsarbeit geknüpften Sozialleistungen zum nachhaltigen Sozialstaat der Zukunft erwarten.

Ansetzen müssen und können wir aber unterhalb dieser Ebene. Die wesentlichen Forderungen waren für mich eine massive Verkürzung der Arbeitszeit, um Zeit für die Umverteilung der unbezahlten Arbeit zu gewinnen. Dann eine Umverteilung der Mittel, unter anderem von Militärausgaben auf Soziales. Ein konsequenter Einbezug der Frauen ins Erwerbsleben, flankiert von einer Verbesserung der Anreize zur Leistung freiwilliger Sozialdienste vor allem für Männer ist eine weitere Forderung.

In der übernationalen Ebene steht eine Politisierung und Demokratisierung der EU-Politik und die demokratische Überwachung der weltwirtschaftlichen Entwicklung an. Frauen müssen sich überlegen, welche Formen der demokratischen Einflussnahme für sie praktikabel sind, bzw. wo wieder eine "Vertretungsdemokratie" droht, die ihre Realitäten ausschliesst. Ebenso wichtig ist eine Abstimmung der Einflussnahme mit



MigrantInnen und mit Frauen und Männern im Süden, die die Kosten des Wettkampfs zwischen den grossen Machtblöcken des Nordens tragen.

Im Moment bestehen die Möglichkeiten sicher nicht, innerhalb der EU eine andere Sozialpolitik durchzusetzen. Die Wirtschaftspolitik der EU wird ja nicht EU-intern definiert, sondern sie muss sich einschreiben in den Rahmen der Weltwirtschaftspolitik, wie sie im GATT und in der WTO festgelegt wird. Langfristig kommen wir aber um eine wirtschafts- und sozialpolitische Einigung nicht herum. Ich glaube nicht an eine langfristige Zukunft eines Europas der Nationalstaaten.

*Bestehen – wie hier angetönt wurde – nationalstaatliche Reformspielräume, die gegen die Dynamik des EU-Projektes ausgespielt werden können?*

**Res Strehle:** Pragmatisch gedacht sind für sozialpolitische Forderungen und Arbeitskämpfe die nationalstaatlichen Gefässe wohl aussichtsreicher. Sicher ist aber, dass wir nicht national beschränkt denken und handeln können. Unsere internationalistischen Perspektiven dürfen wir nicht an ein europäisches Grossmachtprojekt binden, das seine Ausgrenzen dicht macht, im Innern sozial, ökologisch und demokratisch unverträglich ist, das zwar den Frieden zwischen Deutschland und

Frankreich seit fünfzig Jahren gesichert hat, dafür nach aussen alles andere als ein pazifistisches Projekt ist, sondern im Rahmen der WEU eigene militärische Interventionstruppen aufbaut.

**Serge Gaillard:** Die Gewerkschaften haben den Fehler gemacht, zu viele Hoffnungen in das Binnenmarktprojekt zu stecken. Die Hoffnungen waren in einigen Ländern so gross, dass die Gewerkschaften dann nicht mehr in der Lage waren, die Politik der Deregulierung zu bekämpfen. Wir sind alle einverstanden, dass die heutige EU-Politik nicht dem Wünschenswerten entspricht. Die Starrheit der heutigen EU hat jegliche sinnvolle Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik verhindert – bis das Währungssystem mit den festen Wechselkursen 1992 auseinandergebrochen ist.

Ich bin mit praktisch allen Kritikpunkten an der EU einverstanden. Trotzdem beantwortet das noch nicht die Frage nach der Notwendigkeit europäischer Politik. Selbstverständlich werden wir auf europäischer Ebene keinen Erfolg haben, wenn wir nicht national mobilisieren. Wir kommen nicht darum herum, die Fragen europäisch zu stellen, und das ist wahrscheinlich einfacher, wenn wir uns auch an den Entscheidungen beteiligen und nicht nur die Folgen erleiden.

**Diskussion**

*Es ist wohl unbestritten, dass Mitgestalten und Beteiligung notwendig sind. Die Frage ist, wer sich unter heutigen Kräfteverhältnissen an den Brüsseler Entscheidungen beteiligen würde. Die Schweiz wäre wohl kaum eine progressive Stimme in diesem Euro-Chor.*

**Serge Gaillard:** Ich mache mir da keine Illusionen. Beim heutigen Kräfteverhältnis in der Schweiz würden "unsere" VertreterInnen gegen die Sozialcharta stimmen. Es leuchtet mir aber nicht ein, weshalb man deswegen gegen die EU sein muss. Wir müssen stärker werden und glaubwürdige Antworten auf die aktuellen Probleme entwickeln – und da gehört die EU dazu.

*Gibt es denn Alternativen zu einer EU-Beteiligung, mit der politische Regulierung möglich ist? Ist eine alternative internationale Verflechtung und Politikbeteiligung nicht noch viel illusorischer als der Versuch, Einfluss zu nehmen auf die EU so wie sie heute ist?*

**Res Strehle:** Insgesamt wird auch der nationalstaatliche Entscheidungsspielraum für wirtschaftspolitische Belange kleiner. Statt auf Europäisierung müssen wir auf Internationalisierung setzen. Wie eine solche aussieht, können wir nicht auf dem Reissbrett entwerfen, sie muss sich einerseits auf der Ebene der Bewegungen ergeben, andererseits über eine Demokratisierung internationaler Organisationen wie der Uno greifen.

**Stella Jegher:** Ich will persönlich nicht zur Frage des EU-Beitritts Stellung nehmen, da ich dies nicht für die zentrale Frage halte. Neue Perspektiven für den Ausbau des Sozialstaates müssen von unten entwickelt werden. Neue Modelle und Regulierungen können nur auf nationalstaatlicher Ebene diskutiert und entwickelt werden, um sie dann auch international durchzusetzen.

*Weshalb tragen die Gewerkschaften europaweit den Wachstumsglauben der Wirtschaft weiter? Die Produktivität ist immer weiter gestiegen und wir leben heute in Europa in einer Überflussesellschaft, die trotzdem die sozialen Probleme nicht gelöst hat.*

**Serge Gaillard:** Wachstum muss nicht mehr Material- und Energieverbrauch bedeuten. Es ist eine der Hauptaufgaben, an der wir durch die Arbeitslosigkeit und die Krise gehindert werden, das Wachstum in umweltverträgliche Bahnen zu lenken. Wenn der Dienstleistungs- und Ausbildungsbereich expandiert, beispielsweise die ausserhäusliche Kinderbetreuung, dann ist das Wachstum in unserem Wirtschaftssystem. Es braucht Wachstum, aber wir müssen es in umweltverträgliche Bahnen lenken. Natürlich sind Arbeitszeitverkürzungen gegenüber dem Wirtschaftswachstum zu priorisieren.

Inserat

**WIDERSPRUCH**  
 Beiträge zur sozialistischen Politik **29**  
**EU, Schweiz und Europapolitik**  
 Asylrecht und „Europa der Polizisten“; Staatsbürgerschaft, Nationale und Europäische Identität; EU vor „Maastricht II“ 1996; Wirtschaftspolit. und Währungspolitik contra Sozialpolitik und Demokratie; Frauengleichstellung; Eurozone; EU, Osteuropa und Dritte Welt.  
 M.C. Coloz-Tschopp, J. Minner, F. Balkar, H. Klager, H.-J. Belling, A. Bultmann, F. Deppa, S. Gaillard, S. Schuster-Kleemann, P. Zihener, M. Kundler, J. Juchter, R. Falk  
 Diskussion  
 R.H. Strähm und H. Baumann: Kontroverse über freien Personenverkehr und freies Grosshandel  
 P. Rüppner: Chancen des kleinsten Staates Schweiz  
 D. Vischer: Grünes Nein zum EU-Beitritt  
 D. Siegrist: Resor: Apenome EU?  
 Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau  
 15. Jg. Heft 29 Juli 1995 Fr. 18  
 196 Seiten, Fr. 18 -- / DM 20 -- (Abonnement 32 --/36 --) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH Postfach, CH - 8026 Zurich  
 Prebestell, info@wsp.ch Tel./Fax 01 / 273 03 02